

# ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

Sonderausgabe SEEK-Konferenz 2015



## Im Kampf gegen die Krise braucht Europa Innovationen und Unternehmensgründungen

Um die Folgen der Staatsschuldenkrise in Europa zu überwinden, sind erfolgreiches Unternehmertum und Innovationen unerlässlich. Daher widmete sich die Jahreskonferenz des ZEW-Forschungsprogramms „Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies“ (SEEK), die am 8. und 9. Oktober am ZEW stattfand, diesem Themenkomplex.

„Stabile makroökonomische Bedingungen und eine verlässliche Wirtschaftspolitik sind grundlegend für den Erfolg von Innovationen“, sagte ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest zum

Auftakt der SEEK-Konferenz 2015. Mit dem diesjährigen Thema „Overcoming the Crisis: How to Foster Innovation and Entrepreneurship in a Diverging European Economy?“ gehe die SEEK-Konferenz in ihre fünfte Runde. Damit leiste die Tagung wie das gesamte SEEK-Forschungsprogramm einen regelmäßigen Beitrag zum Austausch von Wissenschaftlern, politischen Entscheidungsträgern und Wirtschaftsvertretern. Dieser Dialog sei wichtig, da evidenzbasierte Entscheidungen insbesondere in Krisensituationen unumgänglich seien. So freute sich Fuest, dass die SEEK-Konferenz auch in diesem Jahr auf großes Interesse stieß.

### Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies (SEEK)

Das SEEK-Forschungsprogramm am ZEW unterstützt die internationale Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern aller ökonomischen Disziplinen. Es wird vom Land Baden-Württemberg finanziert und ist ein Beitrag zur Förderung der wirtschaftswissenschaftlichen Spitzenforschung in Europa. Durch SEEK werden Forschungsprojekte zu Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit wissenschaftlicher Volkswirtschaften in der EU gefördert.



Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa ist der Bedarf an ökonomischer Sachkenntnis und unabhängiger, wissenschaftlich

fundierter Politikberatung größer denn je. Darum steht seit dem Jahr 2014 die Überwindung der Krise im Mittelpunkt der SEEK-Projekte.

Seit dem Start des SEEK-Forschungsprogramms in der zweiten Jahreshälfte 2010 hat das ZEW zahlreiche Forschungsprojekte auf den Weg gebracht. Insgesamt 41 Projekte, die von ZEW-Wissenschaftlern in enger Kooperation mit international renommierten Forschern bearbeitet werden, kamen in bislang fünf Vergaberunden zum Zug. Dank der positiven Bilanz von SEEK hat das Land Baden-Württemberg die Finanzierung des Forschungsprogramms um drei Jahre verlängert (2016-2018).

Weitere Informationen finden sich unter: [www.seek.zew.eu/de](http://www.seek.zew.eu/de)

## EZB-Chefvolkswirt Peter Praet: „Unser Pessimismus bremst Europa“

Warum sich Europa durch seine pessimistische Grundhaltung und enttäuschte Erwartungen an die Währungsunion in den letzten Jahren selbst bremst, stand im Zentrum des Vortrags von Peter Praet, Ph.D., Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), den er am ersten Tag der SEEK-Konferenz hielt. Zudem erläuterte der Ökonom die Geldpolitik der EZB während der Krise und welche Reformen ausstehen, um die Eurozone doch noch zum Erfolgsmodell werden zu lassen.

Obwohl in der Eurozone eine langsame wirtschaftliche Erholung zu erkennen sei, ständen viele Mitgliedsstaaten enttäuschenden Wachstumsaussichten gegenüber, diagnostizierte Peter Praet. Für die gesamte Eurozone hätten die konjunkturellen Zuwächse seit 2001 kontinuierlich abgenommen. „Mittlerweile ist das wirtschaftliche Umfeld durchsetzt von Pessimismus über die langfristigen Wachstumserwartungen“, stellte der EZB-Chefvolkswirt fest.

Dieser Pessimismus bremse eine schnellere Erholung der Eurozone, da die Ungewissheit Investitionen hemme. Es sei verwunderlich, dass sich viele Unternehmen an ihrer Kapazitätsgrenze sähen, obwohl in zahlreichen Ländern der Eurozone hohe Arbeitslosigkeit herrsche. Für Praet ist dieser Widerspruch ein eindeutiges Indiz, dass von den Firmen zu wenig investiert werde. Die Unternehmen hätten ihre Erwartungen schon an ein geringeres Wachstum angepasst, somit werde nicht mehr das volle Potenzial ausgeschöpft. Dadurch werde die pessimistische Grundhaltung zu einer Art selbsterfüllender Prophezeiung.

Doch was macht die Europäer so pessimistisch? In erster Linie seien es die hohen Erwartungen, die sich seit der Gründung der Eurozone 1999 für viele Staaten nicht erfüllt hätten, so Praet.

Die Theorie besage zwar, dass sich die Länder aufgrund der zentral gesteuerten Geldpolitik nun stärker auf strukturelle Reformen als Steuerungsinstrument ihrer Wirtschaftspolitik besinnen sollten. Durch diese Reformen und die Integration der Märkte sollte es dann zu stärkerem Wachstum und steigendem Wohlstand für alle Staaten der Eurozone kommen, erklärte Praet.

### Die schnelle Integration der Märkte ist ausgeblieben

Allerdings sei es nicht zu den erhofften Reformen und der schnellen Integration der Märkte in Europa gekommen. Vielmehr habe nur ein kleiner Teil der Mitgliedsstaaten einen Vorteil aus den günstigen Finanzierungsbedingungen in den ersten Jahren der Eurozone gezogen und Fortschritte bei den Reformen gemacht. „Die Schwächung der Fiskalseite durch fehlende Marktdisziplin wurde nicht durch eine entsprechende Stärkung der Ausgabenkontrolle und Haushaltsführung auf europäischer Ebene kompensiert“, resümierte Praet. In dieser Zeit sei die Qualität der Institutionen in den Euro-Ländern immer weiter auseinander gedriffet.

Ein weiteres Problem sei das Fehlen eines europäischen Bankenmarktes. Während der Interbankenmarkt auf kontinentaler Ebene arbeite, sei das Privatkundenbankgeschäft in seinen nationalen Grenzen fragmentiert geblieben. So sei mit dem Beginn der Finanzkrise der Bankenmarkt plötzlich zusammengebrochen. Insbesondere in den durch die fehlenden Reformen wirtschaftlich geschwächten Ländern sei dieser Umstand zu einem Teufelskreis geworden. „Der Bankensektor wirkte nicht als ein Stabilisator, sondern vielmehr als ein Verstärker während des Schocks“, so der EZB-Chefvolkswirt.



Europa müsse seine in der Krise begonnenen Reformen weiter vorantreiben, forderte Peter Praet, Ph.D., Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank.

Die nationalen Regierungen und die EZB hätten auf diese Entwicklung mit einer Stabilisierung der Nachfrage sowie mit den längst überfälligen strukturellen Reformen antworten müssen. Durch die starke Fragmentierung des Bankenmarktes seien die Währungshüter bei der Geldpolitik gezwungen gewesen, zu ungewöhnlichen Maßnahmen zu greifen, um überhaupt eine Wirkung erzielen zu können. Diese Maßnahmen „umfassten eine Niedrigzinspolitik an der unteren Grenze und den großflächigen Zukauf von Anleihen durch das OMT-Programm der Zentralbank“, erklärte Praet. Bei den strukturellen Reformen sei seit dem Jahr 2010 ein großer Schritt gelungen: Griechenland, Portugal und Spanien lieferten nur einige Beispiele von Eurostaaten, die ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern konnten.

#### Das fiskalische Regelwerk der Eurozone ist gestärkt

Außerdem sei in der Eurozone mittlerweile ein stärkeres fiskalisches Regelwerk installiert worden, welches die Mitgliedsstaaten zu einer strengeren Haushaltspolitik anhalten solle und gleichzeitig genug Spielraum für kurzfristige Anpassungen im Krisenfall gebe. Kurzfristig müsse es zudem gelingen, eine europäische Bankenunion zu installieren, die unter einer gemeinsamen europäischen Aufsicht stehe. Nur so könne der Bankensektor stabilisiert werden.

Eine weitere Herausforderung sei es, die Produktivität in den europäischen Staaten zu erhöhen. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika gebe es in Europa viele kleinere und mittlere Firmen, die zwar einen großen Teil zur Wertschöpfung beitragen, aber weniger in neue Technologien investieren würden als größere Unternehmen. Dies sei im Zuge der Digitalisierung ein Standortnachteil Europas.

#### Europas Firmen brauchen neue Wachstumsanreize

Es müsse gelingen, ein dynamischeres Wachstumsumfeld in Europa zu schaffen, um nicht an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Hierzu müssten Regularien aufgehoben werden, die Anreize für Firmen setzen, nicht über eine bestimmte Größe hinaus zu wachsen. Außerdem forderte Praet: „Der Marktzutritt für neue Firmen und der Marktaustritt für unproduktive Firmen muss einfacher gestaltet werden.“ Zudem müssten die Finanzmärkte effizienter werden, um Kapital von schrumpfenden auf wachsende Firmen umverteilen zu können. Hierzu sei eine europäische Bankenunion unerlässlich. Zuletzt müssten die Bemühungen vorangetrieben werden, einen einheitlichen Markt in ganz Europa zu schaffen, da von ihm neue Wachstumsimpulse ausgehen würden. „Nur so können sich die hohen Erwartungen an die Währungsunion endlich erfüllen“, schloss Praet.

# Andreas von Bechtolsheim: „Es gibt kein lokales Business mehr“

Einen Vergleich zwischen Unternehmensgründungen in den USA und Europa zog Andreas von Bechtolsheim, Gründer von Sun Microsystems und einer der ersten Investoren bei Google, bei seinem Vortrag, den er am ersten Konferenztag via Telefonschaltung hielt. Aus seiner Sicht ist eine Gründung in den USA aufgrund des größeren Marktes und des besseren Zugangs zu Kapital einfacher. Schlussendlich spielt der Standort nur in der Gründungsphase eine Rolle, da Unternehmen schnellstmöglich global agieren müssen.

„Geht zu den Märkten, geht dorthin, wo ihr die Möglichkeit habt zu wachsen, nutzt eure Größenvorteile, nehmt den globalen Wettbewerb an und seht den schwachen Euro als ein Geschenk“, forderte Andreas von Bechtolsheim in seinem Vortrag bei der SEEK-Konferenz von europäischen Unternehmern. Bereits für ein Start-Up in der Gründungsphase sei eine globale Wachstumsstrategie unerlässlich, erläuterte der erfolgreiche Investor.

Das erklärte Ziel für ein junges Unternehmen müsse sein, seinen Wert auf über 100 Millionen US-Dollar zu steigern. Nur so könne ein Start-Up überhaupt genügend Bedeutung erlangen, um langfristig Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen. Damit das Unternehmen weiter wachsen könne, müsse außerdem eine Möglichkeit gefunden werden, günstig Kapital zu akquirieren.

Das nächste Ziel sei dann das Erreichen eines Unternehmenswerts von mehr als einer Milliarde US-Dollar. „Die besten Unternehmen steigern ihren Wert in nur vier Jahren von 100 Millionen US-Dollar auf über eine Milliarde US-Dollar, die nächstbesten in sechs Jahren und die drittbesten in sieben bis zwölf Jahren“, so von Bechtolsheim. Nach diesen zwölf Jahren gelinge kaum einem Unternehmen der Sprung auf über eine Milliarde US-Dollar mehr.

Doch welche jungen Unternehmen sind erfolgreich und warum? Von Bechtolsheim komprimierte das Erfolgsrezept in einer einfachen Formel: „Ein erfolgreiches Start-Up braucht das richtige Produkt zur richtigen Zeit, um es mit dem richtigen Team und ausreichend Startkapital auf dem passenden Markt zu platzieren.“

## Eine Gründung in den USA ist einfacher als in Europa

Hieraus sei auch der erste Grund abzuleiten, warum im Silicon Valley mehr erfolgreiche Unternehmen entstünden als in Europa. Zwar sprächen die Politiker gerne von Europa als einem Markt, aber die Realität sehe anders aus. Jedes europäische Land habe seine eigenen Regeln, Gesetze und damit verbundene Schwierigkeiten für Unternehmer. Daher sei es für ein Start-Up viel einfacher in den USA zu wachsen als in Europa. Ein wichtiger Wachstumstreiber sei der Zugang zu Risikokapital, erklärte der Investor. Dieser sei in den USA ebenfalls weitaus einfacher als in Europa. Das im Jahr bereitgestellte Risikokapital sei allein im Silicon Valley achtmal höher als in ganz Deutschland.

Aber in den USA gründen nicht nur Amerikaner: „Rund 33 Prozent aller Börsengänge zwischen 2006 und 2012 waren Unternehmensgründungen, die mindestens einen Gründer hatten, der kein amerikanischer Staatsbürger war“, erläuterte von Bechtolsheim. Deutschland müsse es gelingen seine Vorteile, wie etwa das beachtliche Angebot an gutausgebildeten Fachkräften, mit den Vorteilen der USA, beispielsweise dem größeren Markt und dem besseren Zugang zu Wagniskapital, zu verbinden, um erfolgreiche Gründungen auch hierzulande zu ermöglichen, so der Investor.

# Europa muss gründerfreundlicher werden und innovatives Unternehmertum fördern

Viele europäische Länder unternehmen große Anstrengungen, um die Anzahl der Unternehmensgründungen zu steigern. Jedoch scheint es Europa momentan an einigen wichtigen Zutaten zu fehlen, um das Rezept für erfolgreiches und innovatives Unternehmertum zu verwirklichen. Wie dies verbessert werden kann, war das zentrale Thema der Podiumsdiskussion am ersten Tag der SEEK-Konferenz.

Wie kann Europa die Bedingungen für erfolgreiche Unternehmensgründungen verbessern? Politik und Wirtschaft sind auf der Suche nach einer Lösung. Um die Frage aus verschiedenen

Blickwinkeln zu betrachten, diskutierten bei der SEEK-Konferenz Experten mit unterschiedlichen Hintergründen. Auf dem Podium saßen Dr. Gitte Neubauer, Chefin der Cellzome GmbH und Gewinnerin des EU-Innovationspreises für Frauen 2011, Frédérique Sachwald, Ph.D., Leiterin der Direktion für Forschung und Entwicklung im französischen Ministerium für höhere Bildung und Forschung, Franz Fehrenbach, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Robert Bosch GmbH, sowie Dr. Georg Licht, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung“. Moderiert wurde die Debatte von ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest.

„Die Zahlen der Unternehmensgründungen in Deutschland nehmen bis auf wenige Ausnahmen in fast allen Branchen ab“, diagnostizierte Georg Licht. Ein Grund hierfür sei, dass die Bürokratie in den vergangenen Jahren immer weiter zugenommen habe. „2000 war es einfacher ein Start-Up zu gründen als heute“, so Licht. Ein weiterer Grund für die negative Entwicklung sei der demografische Wandel. Die Altersgruppe, die am häufigsten gründe, seien die Dreißig- bis Vierzigjährigen. Diese Altersgruppe werde in Deutschland immer kleiner. Auf Platz zwei bei den Gründungen nach Alter lägen die Vierzig- bis Fünfzigjährigen, aber auch diese Gruppe werde weiter schrumpfen, prognostizierte der ZEW-Forschungsbereichsleiter. Der dritte Grund für die rückläufigen Gründungszahlen sei der Fachkräftemangel. „Da immer mehr besser bezahlte Jobs angeboten werden, steigen die Opportunitätskosten für eine Gründung“, erläuterte der Ökonom. Ein Lichtblick seien hingegen die verbesserten Finanzierungsbedingungen für junge Unternehmen. Obwohl der deutsche Wagniskapitalmarkt im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik noch immer sehr klein sei.

### Für Start-Ups ist Innovationsstrategie entscheidend

Bereits auf dem Wagniskapital-Markt aktiv sei der deutsche Technologiekonzern Bosch mit seiner Tochtergesellschaft der Robert Bosch Venture Capital GmbH, erläuterte Franz Fehrenbach. Das Unternehmen habe aktuell rund 270 Millionen Euro zur Verfügung und investiere in vielversprechende Start-Ups. Bis Ende 2016 sollen weitere 150 Millionen Euro bereitgestellt werden. Bei der Frage, in welche jungen Unternehmen sich eine Investition lohne, sei neben den Wachstumsaussichten vor allem die Innovationsstrategie und die Persönlichkeit der Gründer entscheidend, sagte Fehrenbach.

Dass der erfolgreiche Aufbau einer Unternehmung mutige Entscheidungen von den Gründern erfordert, verdeutlichte Gitte Neubauer am eigenen Beispiel. Bei der Gründung der Cellzome GmbH als Spin-Off aus dem Europäischen Labor für Molekularbiologie in Heidelberg, habe zuerst ein großes Umdenken und ein Perspektivwechsel stattfinden müssen. In der Frühphase seien vor allem der Austausch mit anderen Gründern und die

Unterstützung von erfahrenen Unternehmern essenziell gewesen, erläuterte die Wissenschaftlerin.

In Frankreich versuche der Staat Unternehmensgründungen schon in der kritischen Frühphase zu unterstützen. Dabei sei das Wachstum der Start-Ups nicht das Primärziel der Politik, da dies zu einer unverhältnismäßigen finanziellen Förderung von jungen Unternehmen führen könne, wie Frédérique Sachwald verdeutlichte. Auch in den Firmen sei das Bedürfnis zu wachsen oft nicht besonders stark, da ab einer bestimmten Mitarbeiterzahl mehr Steuern und Sozialabgaben fällig würden. Sachwald sieht Europa als Standort für Unternehmensgründungen dennoch auf einem guten Weg: „Die durchschnittliche Produktion von Wissen in Europa ist jetzt schon höher als in den USA.“

Clemens Fuest warf die Frage auf, ob trotz des vorhandenen Knowhows die niedrigere Gründungstendenz ein kultureller Unterschied zwischen den europäischen Staaten und den USA sein könnte. Nach Ansicht von Franz Fehrenbach spielt hier in erster Linie die Angst vor dem Scheitern eine große Rolle. So habe beispielsweise Deutschland eine andere Versagenskultur als die Vereinigten Staaten. „Wenn man in den USA scheitert, ist das kein Problem, wer aber in Deutschland scheitert ist gebrandmarkt“, bemerkte der Aufsichtsratsvorsitzende der Robert Bosch GmbH. Diese Kultur zu ändern sei ein schwieriges Unterfangen.

Zunächst müsse aber dafür gesorgt werden, dass Gründern mit guten Ideen genug Geld zur Verfügung gestellt werde, forderte Georg Licht. Der Ökonom sieht hierbei in erster Linie die wohlhabenden Bevölkerungsschichten in der Verantwortung. Ihnen müssten Investitionen in junge Unternehmen schmackhaft gemacht werden. Gitte Neubauer verlangte von der Politik eine integrierte Strategie von Wissenschaftspolitik bis hin zur Förderung von Entrepreneurship. „Nur wenn Politik und Forschung zusammenarbeiten, kann es gelingen, erfolgreiche Unternehmen hervorzubringen“, fasste die Wissenschaftlerin zusammen.

Zum Abschluss der Diskussion warnte Franz Fehrenbach noch davor, nur auf junge Unternehmen zu hoffen und dabei die großen etablierten Konzerne aus den Augen zu verlieren. Es müsse ebenso ein Anliegen der Politik seien, dass auch diese Konzerne konkurrenzfähig blieben. Als eine geeignete Maßnahme erachtet Fehrenbach Steuererleichterungen für forschende Unternehmen.

Diskutierten bei der SEEK-Konferenz über die Herausforderungen für Unternehmensgründer in Europa (v.l.): Dr. Georg Licht, Dr. Gitte Neubauer, Frédérique Sachwald, Ph.D., und Franz Fehrenbach sowie Moderator Prof. Dr. Clemens Fuest.



# Mario Monti fordert Reformen in der europäischen Wirtschaftspolitik

Während der Eurokrise wurden die Grenzen der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union (EU) sichtbar. Viele Entscheidungen mussten unter großem Druck gefällt werden, neue wirtschaftspolitische Instrumente wurden implementiert und die Kompetenzen bestehender Institutionen wie der Europäischen Zentralbank (EZB) erweitert. Italiens ehemaliger Ministerpräsident, Prof. Dr. Mario Monti, sieht gerade deshalb die Notwendigkeit für weitere Reformen in der europäischen Wirtschaftspolitik. „Die politischen Rahmenbedingungen in Europa sind nicht furchtbar schlecht – wir brauchen keine Revolution, aber einige Anpassungen“, stellte Monti in seiner Rede bei der SEEK-Konferenz fest.

Bei den Reformen der europäischen Wirtschaftspolitik dürfe es nicht zu einem Aufweichen der Regeln der EU kommen, betonte Monti. „Wir sollten die Vorteile der Eurozone geltend machen, aber nur für die Staaten, die sich an die Regeln halten“, so der ehemalige EU-Kommissar für Binnenmarkt und Wettbewerb. Insgesamt seien einige marginale Änderungen dieser Regeln aber auch eine Europäisierung im Denken vieler Politiker notwendig.

Monti pochte darauf, dass die Politiker im europäischen Parlament bei ihren Entscheidungen nicht nur an die eigene Wiederwahl oder das Wohl ihres Heimatlandes, sondern an den Nutzen für ganz Europa denken müssten. „Im EU-Parlament fehlt es nicht an Politik, es fehlt an europäischer Politik“, befand der frühere italienische Ministerpräsident. Dies umfasse auch zukunftsgerichtetes Handeln bei der Haushaltspolitik in den einzelnen EU-Ländern.

Es müsse ein Mittelweg zwischen der von Deutschland geforderten Austeritätspolitik und dem lockereren Umgang mit Schulden in vielen südeuropäischen Ländern gefunden werden. In Zeiten billigen Geldes sollten Staaten die Möglichkeit haben Kredite aufzunehmen, um Investitionen zu tätigen. Trotzdem sollte

das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts nicht aus den Augen verloren werden. „In erster Linie muss immer langfristig geplant werden“, sagte Monti. Hierzu müsse es zu einer Anpassung und Verschärfung der fiskalischen Regeln der Staaten der Eurozone kommen, sodass diese auch eingehalten würden.

## Das Mandat der EZB stimmt

Neben der Fiskalpolitik sei die Geldpolitik, die in der EU durch die EZB gesteuert werde, ein zentrales Instrument, um die Folgen von Krisen abzumildern und die Märkte zu stabilisieren. Die Forderung zahlreicher EU-Staaten, das Mandat der Zentralbank zu ändern und stärker auf Wachstum in der Peripherie zu konzentrieren, lehnte der ehemalige EU-Kommissar strikt ab: „Die EZB kann im Rahmen ihres aktuellen Mandats schon für Stabilität und Wachstum sorgen, wie sie in der jüngsten Krise gezeigt hat.“ Eine Änderung des Mandats würde nur dazu führen, dass die Politiker vieler europäischer Länder bei einem Ausbleiben des erhofften Wachstums versuchen würden, die Verantwortung auf die EZB zu schieben. Doch Monti sieht die Politiker selbst in der Pflicht: „Das Wachstum in Europa ist in der Verantwortung der einzelnen Länder in Form von strukturellen Reformen und in der Hand der EU mit ihrer Fiskal- und Investitionspolitik.“

Obwohl einige Reformen und Anpassungen notwendig seien, sind die EU und der Euro für den Ökonomen Erfolgsprojekte. Das beste Beispiel dafür sei Griechenland, führte Monti aus: „Ein Land, das jahrelang von links und rechts schlecht geführt wurde und trotzdem sind noch 80 Prozent der Bevölkerung für einen Verbleib im Euro.“ Zwar sei dem Euro der starke deutsche Stempel nicht abzusprechen, aber Deutschland könne durchaus stolz auf sein bestes Exportprodukt sein, schloss Monti.

Für den ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Mario Monti sind die Europäische Union und der Euro Erfolgsprojekte. Dennoch besteht in einigen Bereichen Reformbedarf, um die Vorteile der Eurozone für alle Mitgliedsstaaten geltend machen zu können.



# Ufuk Akcigit: „Innovationen sind ein wichtiger Faktor für sozialen Aufstieg“

Innovationen können erheblichen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum und somit auch auf die Gesellschaft haben: Marktneuheiten setzen einen Fahrstuhleffekt frei, indem sie soziale Mobilität ermöglichen. Gemessen am Absatz von Patenten in den USA zeigt sich, dass kleine Unternehmen, wenn sie sich neu am Markt platzieren, im Verhältnis zur größeren, bereits etablierten Konkurrenz innovativer sind. Der US-amerikanische Traum „vom Tellerwäscher zum Millionär“ rückt damit in greifbare Nähe – vorausgesetzt, die Politik greift korrigierend ein und den Neuzugängen am Markt unter die Arme. Dafür plädierte Ufuk Akcigit, Ph.D., Privatdozent an der Universität von Chicago, bei seinem Vortrag am zweiten Tag der SEEK-Konferenz.

Zwischen alteingesessenen Unternehmen und Neuankömmlingen am Markt bestünden naturgemäß Spannungen. Über das Normalmaß üblichen Konkurrenzverhaltens hinaus könnten das Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum allerdings durch die Schachzüge großer Platzhirsche geschmälert werden – und damit auch die Chancen auf sozialen Aufstieg. „Der positive Effekt von Innovationen durch neue Markteintritte wird durch die Lobbying-Aktivitäten der etablierten Unternehmen gedämpft“, erläuterte Akcigit, der per Internettelefonie zur SEEK-Konferenz zugeschaltet wurde.

Eine Reihe aktueller Studien, die Akcigit mit Kollegen zum Verkauf von Patenten im US-amerikanischen Markt durchgeführt hat, macht deutlich, dass die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) bereits etablierter Unternehmen nicht zu mehr Wachstum führt. Hingegen zeige sich, dass die Bezuschussung von neuen Mitspielern am Markt zu einem moderaten Wachstumsplus führe, erläuterte Akcigit, der auch am US-Wirtschaftsforschungsinstitut National Bureau of Economic Research (NBER) wissenschaftlich tätig ist.

## Marktneuheiten beflügeln soziale Mobilität

Darüber hinaus lasse sich belegen, dass die Besteuerung von etablierten Unternehmen wachstumsfördernd sei. So komme es zu Umverteilungseffekten zugunsten neuer Marktteilnehmer. Dadurch wiederum würde mehr Spielraum für Innovationen freigesetzt: „Die Reallokation unternehmerischer Ideen erhöht das Produktivitätswachstum von 1,8 auf zwei Prozent“, stellte Akcigit fest. Wobei besagte Ideen wiederum Gebursthelfer für Marktneuheiten seien. „Ein gut funktionierender Markt für Ideen beziehungsweise Innovationen würde dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum auf die Sprünge helfen“, so der Ökonom.

Konjunkturelle Zuwächse auf dem US-Markt für Innovationen würden allerdings durch das Lobbying etablierter Unternehmen ausgebremst. Den Studien zufolge stehe die Einführung von Marktneuheiten durch Neuankömmlinge in einem positiven Zu-

sammenhang mit sozialer Mobilität – allerdings nur in US-Bundesstaaten, in denen Lobbying weniger intensiv ausgeprägt sei. „Innovationen sind ein wichtiger Faktor für sozialen Aufstieg“, so Akcigit. Wobei Innovationen wohlgerne vor allem von neu in den Markt eintretenden Unternehmen ins Spiel gebracht würden. Hoch innovative, neue Marktteilnehmer sorgten damit auch für mehr soziale Mobilität. Um diese Rolle zu unterstützen, müsste die Politik eine „schöpferische Zerstörung“ fördern. Danach werden veraltete Produktionsstandards durch neue Verfahren und Güter ersetzt. Unter dem Strich kommt es dadurch zu mehr Wettbewerb.

Bezogen auf den Patentmarkt in den Vereinigten Staaten hieße das, so Akcigit, dass die Rechte neuer Marktteilnehmer im Vergleich zur etablierten Konkurrenz durch die Politik gestärkt werden müssten. „Innovatoren reagieren unzweifelhaft auf politische Maßnahmen“, unterstrich Akcigit seine Forderung nach



Regulierung. Zumal die Studien offen legten, dass Innovationen enorm zum Anteil der Spitzeneinkommen in Nordamerika und damit zur Einkommensungleichheit beitragen würden.

Im Vergleich zwischen den USA und Europa rühre der Unterschied zwischen beiden Innovationsstandorten in erster Linie daher, dass es jungen Unternehmen auf dem alten Kontinent an Zugang zu Kapital und den nötigen Technologien fehle. Ein weiterer Nachteil sei, dass sich das europäische Bildungssystem noch nicht als vollauf wettbewerbsfähig erweise: „Europa mangelt es an Investitionen in die akademische Bildung“, begründete Akcigit. Ein stark vernetztes Hochschulsystem wie in den USA führe zu größeren Übertragungseffekten von der Wissenschaft in den Markt. Diese sogenannten Spillovers ließen sich an den FuE-Ausgaben festmachen.

# Tommaso Valetti zum Breitbandausbau in Europa: „Die Geschwindigkeit zählt“

Sowohl in Nordamerika als auch in Europa existieren groß angelegte Pläne auf politischer Ebene, um flächendeckend jeden Haushalt mit einem Breitband-Internetzugang auszustatten. Eine beliebte Diskussion unter den Entscheidungsträgern dreht sich dabei um die sogenannte digitale Kluft, also das sozioökonomische Problem: Wer hat eine Chance auf Zugang und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wie dem Internet – und wer nicht. Prof. Tommaso Valetti, Ph.D., von der Imperial College Business School in London widmete sich in seinem Vortrag am zweiten Tag der SEEK-Konferenz der Frage, ob diese Kluft geschlossen werden kann – und inwiefern das Internet dabei eine politische Dimension entfaltet.

Was der „National Broadband Plan“ für die USA ist, ist die Digitale Agenda der Europäischen Kommission für die EU. „Die Regierungen auf beiden Kontinenten versprechen sich wirtschaftliche Nachhaltigkeit von schnelleren Breitbandverbindungen“, erklärte Tommaso Valetti die Zielsetzung beider Initiativen.



Tommaso Valetti demonstrierte, dass der digitale Wandel Einfluss auf die Politik nimmt, indem das Internet Wählerentscheidungen beeinflussen kann.

Viele, von staatlicher Seite aufgelegte Evaluierungsprogramme hätten allein diese Maßgabe vor Augen ohne jedoch eine glaubwürdige Strategie zu entwickeln, wie der angepeilte Zusammenhang von Ursache und Wirkung – schnelles Internet, ökonomische Nachhaltigkeit – praktisch erreicht werden könne. Die bisherige Forschungsarbeit dazu stütze die Pläne der Politik, da Breitbandinternet und IKT Hand in Hand bei der Verbesserung

von Produktionsprozessen gingen, insbesondere mit Blick auf Fachkräfte und wissensintensive Dienstleister. Valettis eigene aktuelle Forschungsarbeit, die er während der SEEK-Konferenz darlegte, konzentriert sich in erster Linie auf die Entbündelung von Teilnehmeranschlussleitungen (LLU) in Europa. In den meisten EU-Staaten würden der Breitbandausbau und LLU allein durch den Markt gesteuert. „Die Rolle der Politik beschränkt sich dabei darauf, für intakte Wettbewerbsverhältnisse zu sorgen und entsprechende Regulierungen festzulegen“, illustrierte Valetti.

Am Beispiel Großbritannien zeige sich allerdings, dass LLU zwar nicht mehr Breitbandanschlüsse schaffe, durchaus aber die Qualität des Netzes verbessert habe. Mit anderen Worten komme es auf die Datenübertragungsrate an: „Die Geschwindigkeit zählt“, betonte Valetti – messbar daran, dass mit der Verbesserung der Netzgeschwindigkeit ein Anstieg der Immobilienpreise einhergehe. Konkret lasse sich anhand der Erhebungen im Vereinigten Königreich belegen, dass mit dem Aufrüsten von überkommenen Schmalband-Internetzugängen wie etwa einem Wählmodem auf DSL-Verbindungen mit bis zu 24 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) der Preis für ein Haus um bis zu vier Prozent anziehe. „Die Renditen der Immobilien fallen allerdings geringer aus“, fügte Valetti hinzu.

## Die Digitale Agenda der EU verfolgt ambitionierte Ziele

Im Kosten-Nutzen-Verhältnis von schnellerem Internet zu teureren Hauspreisen würden indes nur die städtischen, nicht aber die ländlichen oder Randgebiete profitieren. Die digitalen Ziele der EU laut ihrer eigenen Agenda würden sich daher in ländlichen Regionen kaum rechnen. Nach Maßgabe der Kommission soll jeder Haushalt in der Union über eine Breitband-Internetverbindung mit mindestens 30 Mbit/s oder mehr bis zum Jahr 2020 verfügen. Die Hälfte aller Haushalte soll sogar mit 100 Mbit/s bis 2020 surfen können. Das seien sportliche Ziele mit Blick auf die Kluft zwischen Stadt und Land, bemerkte Valetti. Schließlich würden sich entlang der Digitalisierung auch bildungspolitische Gräben auftun.

Die Auswertung britischer Kommunalwahlen zeige, dass sich das Internet auf den Urnengang auswirkt: „Die Wahlbeteiligung ist allgemein geringer“, veranschaulichte Valetti. Im Einklang mit der These, dass nur die Armen ärmer werden, würden Wähler mit niedrigerem Bildungsniveau das Internet hauptsächlich zu Unterhaltungszwecken nutzen. Sie würden daher tendenziell weniger häufig zur Wahl gehen, woraufhin Politiker ihre Agenda dann an bildungsnäheren Wählerschichten orientierten. In letzter Konsequenz zeige sich somit, dass das Internet die Politik beeinflusse, „und zwar in Form von gesenkten Steuern und reduzierten öffentlichen Ausgaben“, so Valetti.





## Conference Dinner auf Burg Windeck

Der erste SEEK-Konferenztag endete mit einem gemeinsamen Abendessen auf der Burg Windeck. Im mittelalterlichen Ambiente der Burgschenke ließen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der SEEK-Konferenz in angeregten Gesprächen den vergangenen Tag Revue passieren. Heiner Bernhard, Oberbürgermeister von Weinheim, begrüßte die Gäste und gab einen kurzen Exkurs über die Geschichte der Burg sowie der Stadt Weinheim.

Die Burg Windeck, etwa 200 Meter oberhalb von Weinheim am Rande des Odenwalds gelegen, wurde im 12. Jahrhundert zum Schutze des benachbarten Klosters Lorsch erbaut. Mit ihrem einmaligen Ausblick auf die Rheinebene verließ sie dem

Abendessen einen ganz besonderen Rahmen. Auch die günstige Lage Weinheims inmitten der Metropolregion Rhein-Neckar thematisierte der Oberbürgermeister. Er charakterisierte seine Stadt als aufstrebendes Mittelzentrum, das durch seine pittoreske Altstadt aber auch als Standort mittelständischer und global agierender Unternehmen punkte. Angesichts der schwächelnden Wirtschaftsleistung verschiedener Wirtschaftsräume in Europa gelte es jedoch, weiterhin am Ball zu bleiben und Weinheim wie die gesamte Metropolregion Rhein-Neckar zukunftsfit zu machen, spannte Bernhard den Bogen zum Thema der fünften SEEK-Konferenz.





Dr. Mila Köhler



Dr. Philipp Böing

## PARALLEL SESSIONS I

### Innovation, subsidies and spillovers

Dirk Czarnitzki (KU Leuven, Belgium; ZEW), **Paul Hünermund** (KU Leuven, Belgium; ZEW): Estimating the Local Average Treatment Effect of R&D Subsidies in a Virtual Common Pot

Hanna Hottenrott (Düsseldorf Institute for Competition Economics, Germany; KU Leuven, Belgium; ZEW), **Cindy Lopes-Bento** (KU Leuven, Belgium; ZEW; University of Zurich, Switzerland), Reinhilde Veugelers (KU Leuven, Belgium): Direct and Cross-Scheme Effects in a Research and Development Subsidy Program

**Mila Köhler** (ZEW; KU Leuven, Belgium), Bettina Peters (ZEW): Subsidized and non-subsidized R&D projects: Do they differ?

### ICT, innovation and economic downturns

Timothy De Stefano (University of Nottingham, England), **Richard Kneller** (University of Nottingham, England), Jonathan Timmis (University of Nottingham, England): The Productivity Effects of Information Communication Technology: Evidence for UK Firms



**Daniela Silvestri** (IMT School for Advanced Studies, Italy), Massimo Riccaboni (IMT School for Advanced Studies, Italy), Antonio Della Malva (KU Leuven, Belgium), Andrea Morescalchi (European Commission, Joint Research Centre, Italy): Innovation Strategies During Economic Downturns

Michael Kummer (Georgia Institute of Technology, United States; ZEW), **Olga Slivko** (ZEW), Michael Zhang (Hong Kong University of Science and Technology, China): Unemployment and Volunteering. Does Unemployment Affect Content Generation on Wikipedia?

### Current topics in innovation

**Christian Helmers** (Santa Clara University, United States): Choose the Neighbor Before the House: Agglomeration Externalities in UK Science Parks

Bettina Peters (ZEW; University of Zurich, Switzerland), Rebecca Riley (National Institute for Economic and Social Research, England; Centre for Learning and Life Changes in Knowledge Economies and Societies, England); **Iulia Siedschlag** (Economic and Social Research Institute, Ireland; Trinity College, Ireland), Priit Vahter (University of Tartu, Estonia), John McQuinn (Cambridge Econometrics, England): Innovation and Productivity in Services: Evidence from Germany, Ireland and the United Kingdom

**Philipp Böing** (ZEW; Frankfurt School of Finance and Management, Germany), Elisabeth Müller (German Graduate School, Germany; Swinburne University of Technology, Australia; ZEW): Taking Measure: the Quality of Chinese Patents in International Comparison

Prof. Richard Kneller, Ph.D.



Vivek Ghosal, Ph.D.



Martin Hud

## PARALLEL SESSIONS II

### Innovation, entrepreneurship and economic downturns

**Martin Hud** (ZEW; Maastricht University, Netherlands), Christian Rammer (ZEW): Innovation Budgeting, the Business Cycle and Innovation Performance

**Dunli Li** (Queen's University Belfast, Ireland), Jose M. Plehn-Dujowich (University of California, United States): The Impact of Entrepreneurship on Schumpeterian Endogenous Growth: Theory and Evidence

**Carlos Carreira** (University of Coimbra, Portugal), Paulino Teixeira (University of Coimbra, Portugal): Cleansing in Severe Recessions: What Can Be Learned from the 2008 – 2013 Portuguese Crisis?

### The interplay of ICT and innovation

**Katharina Candel-Haug** (Ifo Institute for Economic Research, Germany): Who Benefits Most from Interconnectivity? A View on Productivity Effects of Innovative IT Systems

**Marina Rybalka** (Statistics Norway, Norway): The Innovative Input Mix: Assessing the Importance of R&D and ICT Investments for Firm Performance in Manufacturing and Services

**Ursula Fritsch** (Kiel Institute for the World Economy and University of Kiel, Germany): Information Technology and Innovation in Chinese Firms

### Competition and regulation in high-tech industries

**Vivek Ghosal** (Georgia Institute of Technology, United States): Competition and Innovation in Automobile Markets

**Nicolo Barbieri** (University of Bologna, Italy): Environmental Policy and Invention Crowding Out. Unlocking the Automotive Industry from Fossil Fuel Path Dependence

**Wolfgang Briglauer** (ZEW): How EU Sector-Specific Regulations and Competition Affect Migration from Old to New Communications Infrastructure: Recent Evidence from EU27 Member States



Katharina Candel-Haug



James Bessen



Prof. Dr. Ingo Vogelsang

## INVITED SESSIONS

### Innovation

**James Bessen** (Boston University School of Law): Technology and Stagnant Wages

**Georg von Graevenitz** (University of London): Technology Entry in the Presence of Patent Thickets

### Digital economy

**Tobias Kretschmer** (University of Munich, Institute for Strategy, Technology and Organization): Inside the Digital Economy: Digitization and Firm Organization

**Axel Pols** (Bitkom Research GmbH): Boosting Digital Transformation in Europe: Propositions by the EU's Strategic Policy Forum on Digital Entrepreneurship

### Competition and regulation

**Ingo Vogelsang** (Boston University): The Role of Competition and Regulation in Stimulating Innovation – Telecommunications

**Michael Pollitt** (University of Cambridge): How to Support Innovation in Network Industries: The Role of Governments, Regulators and Competition and the Case of Electricity

---

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

### ZEWnews Sonderausgabe

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim  
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

**Redaktion:** Kathrin Böhmer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [boehmer@zew.de](mailto:boehmer@zew.de)  
Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)  
Felix Kretz · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [kretz@zew.de](mailto:kretz@zew.de)  
Julian Prinzler · Telefon 0621/1235-133 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [prinzler@zew.de](mailto:prinzler@zew.de)

**Fotos:** ZEW/Rittelmann

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars  
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2015 · Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft